

Herforder Zeitung

Bezugspreis 5.40 Mark

vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Fr. Kufße
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schedam-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Allmählicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 58

Herford, Dienstag, den 9. März 1920

30. Jahrgang

D. D. P. als Mittelpartei.

Vortrag von Direktor Ziegler.

„Die Deutsch-Demokratische Partei als Mittelpartei“ lautete das Thema. Über das Herr Direktor Ziegler in Hannover am Freitagabend im Vereinshaus einen überaus fesselnden Vortrag hielt. Der große Saal war zu reichlich zwei Drittel besetzt — in Anbetracht von manchen anderen Veranstaltungen also ein durchaus befriedigender Besuch. Dir. Ziegler führte aus: Die Stellung der D. D. P. als Mittelpartei ist nicht von vornherein ein Vorteil. Sie befindet sich in derselben Lage wie ein Mittel-Land, wie Deutschland, das nach zwei Fronten zu kämpfen hat; gesteigert wird diese Schwierigkeit durch die Tatsache, daß die D. D. P. in einer Koalitionsregierung sitzt. Es gilt praktische Politik zu treiben, deshalb war die D. D. P. so selbstlos, so tapfer, nach vorübergehendem Auscheiden, wieder in die Koalitionsregierung, worin keine Partei ihr Programm klar zum Ausdruck bringen kann, einzutreten. Es ist viel leichter, durch das „Nein“ eine Partei zusammenzustellen, also Oppositionspartei zu sein. Die Rechtsparteien zeigen ein widerspruchsvolles Verhalten gegenüber der Regierung und in der Agitation. Früher machte man der Sozialdemokratie als Oppositionspartei den Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“. Die Sozialdemokratie, die jetzt vor der Praxis und damit vor der Notwendigkeit steht, sich von ihren Programmgrundsätzen frei zu machen, ist vielleicht die Partei, die am meisten seit der Revolution gelernt hat. Die Rechtsparteien hingegen greifen auch zu dem Mittel, das als Inbegriff aller Staatsfeindlichkeit angesehen wurde:

Verweigerung des Stats.

Selbst das Zentrum hat in den Zeiten des Kulturkampfes nicht den Stats abgelehnt. Jede Darstellung, als ob der traurige Gesamtzustand nur eine Folge der Revolution und der neuen Regierung sei, ist eine traurige Unwahrheit. Beweis dafür ist, daß dieselben Mängel auch in den Siegerstaaten vorliegen, wenn natürlich auch in geringerem Maße. Wer nach dem Grunde fragt, der kommt auf die Ungeheuerlichkeit des Krieges und dem aus der Not der Welt, nicht nur die Not des Volkes zum vollen Bewußtsein kommen. Auch das Wort „Korruption“ ist auf allen Lippen: „Erzberger!“ Wann ist er zu Einfluß und Ansehen gekommen? Unter der alten Regierung! Wer ging schon als Abgeordneter in allen Ministerien aus und ein? Erzberger unter der alten Regierung. Erzberger ist im wesentlichen ein Produkt des alten Systems. (Auch der Hinweis des Diskussionsredners, Herrn F. Schmidt, daß Erzberger erst unter dem neuen System Minister geworden sei, kann an der Tatsache, daß Erzberger sich unter dem alten System so entwickelt konnte, daß er sehr einflußreich, ja, gefürchtet war, nichts ändern. D. V.) Schon unter dem alten System war besonders befallend der Mangel an wirklichen Führerpersönlichkeiten, wie auch Halbheiten und Tirpitz festgestellt haben. Frische Kräfte ließ man aus den unteren Ständen nicht herauf. Und jetzt: So viele Kräfte und Werte, die in den Rechtsparteien stecken, werden in diesen schweren Zeiten ganz ungenutzt für unser Volk in unfruchtbarer Agitation verpulvert. Ich habe den tödlichen Traum, daß man sich zusammensinden könnte über die Parteien hinweg wie 1914, als ein Zug der Gemeinsamkeit durch unser Volk ging, um eine frontpraktische Arbeit zu schaffen. Diese Selbstverständlichkeit bringt unser zerfallenes und unpolitisches Volk nicht zuwege. Der Redner wies darauf hin, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Rechte vielfach einseitige Klasseninteressen vertritt, und sagte weiter: Die D. D. P. ist die Partei der Versöhnung und Vermittlung und wir erkennen es nicht an, daß hier eine Arbeiter- und dort eine Bürgerpartei ist. (Der Redner ließ auch dem ersten Diskussionsredner, Herrn Pastor Richter, gegenüber eine diesbezügliche Unterscheidung nicht zu. D. V.) Wir sind Arbeiter und Bürger und haben damit das Ideal der wahren Volkspartei aufgestellt. Dir. Ziegler ging dann auf die Stellung der D. D. P. als Mittelpartei, als Vermittlerin, in bezug auf das Nationale und Soziale ein. Bei der Sozialdemokratie ist der Gedanke des Nationalen ein wenig vor dem nicht kleinen Gedanken des Internationalen vergessen worden. Für die Rechtsparteien tritt im Gegensatz dazu der Gedanke des Internationalismus so gut wie ganz zurück. Unsere Aufgabe ist es, den Weg zu finden, der beide Gedanken, den des Nationalen und den des Internationalen, zu ihrem Recht kommen läßt. Was verstehen wir unter

nationalem Sinn?

Das Neueste vom Tage.

Im preussischen Ministerium des Innern beginnen heute unter Vorh. Sirchs Besprechungen mit den Vertretern Ostpreußens unter Führung des Oberpräsidenten Winnig.

Der Zentralverband der Hamburger Bäcker beschloß die Arbeitseinstellung.

In Boppard sollte in einer Versammlung der Rheinischen Volksvereine Dr. Dörten für die Errichtung einer rheinischen Republik sprechen, wobei dieser und seine Freunde aus der Versammlung heraus dem heftigsten Widerspruch begegneten, jedoch Dörten schließlich auf das Wort verzichten mußte. Die Versammlung mußte geschlossen werden und ging mit den Worten auseinander: Schluß mit Dörten.

Hessen setzte die Selbstversorger-Getreideration von zwölf auf neun Kilo für den Monat und Kopf herab.

Die holländische Regierung setzte einen hohen Preis für den schnellsten Flug zwischen Holland und Java aus; die Strecke beträgt 15 000 Km. Der Start soll in drei Wochen stattfinden.

Der Völkerverband wird auf die holländische Antwortnote eine dritte Erwiderung folgen lassen. Man versichert, daß die Alliierten auf ihr Verlangen verzichten werden, falls Holland die vollständige Garantie für eine ausreichende Ueberwachung des Kaisers gewähren werde.

Der ehemalige deutsche Kaiser wird Anfang April zu dauerndem Aufenthalt nach Schloß Doorn übersiedeln.

Nach schwedischen Meldungen haben die Sowjetheere eine Offensive gegen Rumänien begonnen.

Mittels Rückkehr nach Rom und dem bevorstehenden Ministerrat wird große Bedeutung beigelegt. Eine Neuordnung des Ministeriums gilt als unausweichlich.

Bei einer Gedächtnisfeier des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetenländer in Wien erklärte der Präsident Dinghofer die „Vereinigung aller Deutschen zu einem Staatsgebilde“ als das oberste Ziel aller Deutschen.

Aus London wird gemeldet, daß auf der Konferenz in Bengalen, auf der die Frage der Kalifats Behandlung worden ist, einstimmig eine Entschliebung angenommen wurde, daß im Falle der Zerstörung der Türkei die Mohammedaner Indiens gezwungen wären, England den Gehorsam zu verweigern.

Der Luftkommunikationsdienst Paris-London wurde durch ein 14 Personen fassendes Luftschiff eröffnet.

Ein britisches Geschwader ist in See gestochen, um die Kriegsflotte in den Dardanellen zu verstärken; die Befehle von Konstantinopel wird nach und nach verstärkt.

Einmal das Vaterländische, daß man das Liebt, was an Gütern des Volkstums und der Heimat, in Natur, Kunst und Sprache z. B. einem nahe tritt. In der Stellung zum Nationalen in diesem Sinne ist von rechts bis links kein Unterschied festzustellen. Auch wenn man das Nationale im weiteren Sinne betrachtet, das Volk als Nation, ist vielleicht noch von ganz rechts bis links eine geschlossene Front herzustellen in der Stellung zum brutalen Friedensvertrage, in dem Verlangen, Herr zu sein im eigenen Lande, in dem Drängen auf Rückgabe uns entzifferter deutscher Landesteile, in der Errichtung eines Volksheroes zur Verteidigung unseres Landes. Eine fast einheitliche nationale Gesinnung hat sich erst kürzlich in der Auslieferungsforderung gezeigt. Ein Zwiespalt entsteht erst durch die Stellungnahme zur Staatsform. National ist für die Rechtsparteien in erster Linie der, der sich noch zur Monarchie bekennt. Kurz nach der Revolution war das anders. Ein Führer der Rechtsparteien, Graf Reventlow, schrieb am 15. November 1918 in der Deutschen Tageszeitung: „Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger derselben sich persönlich als schwach und unfähig erwiesen.“ — Nun ist mit den Personen auch das System verschwunden. — Dabei hat die Demokratie seit 100 Jahren

für ein einiges Deutschland gekämpft. Männer wie Arndt, Zahn, Reuter sind durch das Gefängnis gegangen wegen ihrer nationalen Gesinnung, und Hoffmann von Fallersleben, der Dichter unseres „Deutschland, Deutschland über alles“, ist wegen seiner liberalen Gesinnung amtsentsetzt. — Größer noch ist die Scheidung der Geister, wenn man den Weg betrachtet, der zur

Aufhebung des Friedensvertrages

führen soll. Die Rechtsparteien sehen ihn in der Anwendung von Gewalt. Wir, die wir nicht tödliche Gefühls-politik, sondern Realpolitik treiben wollen, sehen ihn in der Verständigung durch den Völkerverbund, selbstverständlich nicht durch ein Zerrbild des Völkerverbundes. Durch ihn können wir sehr starken Einfluß auf eine Revision des Vertrages gewinnen. Auch Branting ist mit der ausdrücklichen Begründung eingetreten, er hoffe den Friedensvertrag zu gunsten Deutschlands zu ändern. Selbst auf der feindlichen Seite beginnt die Erkenntnis zu dämmern. Keynes hat Ende Februar in einem offenen Brief in der Times die Undurchführbarkeit der wirtschaftlichen Forderungen nachgewiesen. „Die Umbildung der Kriegsethik in eine Ethik des Friedens muß offen, endgültig und dem Verstand begreiflich vor sich gehen.“ Als Beweis für die beginnende Erkenntnis einer Notwendigkeit einer Verständigung als Vorstufe zu einer wirklichen Versöhnung führt der Redner die Abhaltung eines internationalen Post- und Telegraphenbeamtenkongresses in Wien, den Besuch der Quäler in Berlin und die Tatsache an, daß am Völkerverbunds Sonntag in England in 35 000 Kirchen Ansprachen gehalten sind. Der Völkerverbundsgedanke ist auf dem Marsche. Wollen wir ihn uns zum Verberben aufhalten? Wenn der Gedanke von Haß und Rache in der Welt den Sieg haben soll, dann hat Frankreich ein Recht, uns an der Gurgel zu halten. Aber Liebe ist besser als Haß und Recht als Rache! Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns verpflichten wollen, nie und nimmer ein Gewehr in die Hand zu nehmen! Kant ist immer durch den Gedanken der Pflicht in der Welt berühmt gewesen. Man sagt: Dieser Gedanke habe den Freiheitskrieg gewonnen. Aber Kant hat der Welt auch den Gedanken des ewigen Friedens geschenkt. Kant hat man uns unterschlagen. Es ist höchste Zeit, daß wir ihn uns lebendig machen.

Auch in der Stellung zum sozialen Gedanken bewegen wir uns auf mittlerer Linie. Es gilt das Empfinden einer Volksschicht für die Noie der anderen zu wecken, und den Willen zu stärken, mit den Mitteln der Allgemeinheit zu helfen. Diese Stellungnahme muß schon aus dem allgemeinen Menschen- und Christentum entspringen. Unsere ganzen gebildeten Schichten haben ein wirkliches Verständnis und ein aufgeschlossenes Herz für die Noie der untersten Schichten nicht gehabt. Das sage ich, obwohl ich von der sozialen Gesetzgebung weiß! Aber auch der soziale Sinn der Linksparteien geht nur auf die Klasse der Arbeiter. Wir wollen uns den offenen Blick für die Noie einer jeden Schicht bewahren. Der Redner ging im weiteren auch auf das wirtschaftliche Sozialisationsproblem ein und schilderte die Stellung der Rechts- und Linksparteien in dieser Frage sowie die programmatischen Forderungen seiner Partei zu diesem Punkt. Er betonte warm, daß keiner an die Kreise des selbständigen, kleinen Bauernstandes, der Handwerker, überhaupt des Mittelstandes, rühren solle und verteidigte die Haltung der D. D. P. zum Betriebsrätegesetz. Mit der Erinnerung an eine klingende Radierung, das wie eine Prophezie auf den Zustand unseres Volkes nach dem Kriege anmule — es stellt den Kampf eines Mannes in den Fluten dar und trägt die Unterschrift „Und doch!“ — schloß der Redner seine interessanten Ausführungen. In der

Diskussion

wies Herr Pastor Richter vor allem auf die so notwendige ständige Erneuerung des Volkes hin. Gäßler und Re.d. ließen die schärfsten Grundzüge unserer Zeit. Es möge wieder, volkstümlich gesagt, eine anständige Gesinnung zu nehmen, die nach dem Wort handelt: „Ein jeder lebe nicht auf das Seine, sondern auf das, das des Andern ist!“ Herr Frh. Schmidt, der sodann das Wort erbat, suchte die Notlage unseres Volkes, den moralischen Tiefstand, als Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinzustellen. Er verlangt die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und stellt die Forderung auf, daß auch der Ertrag der Arbeit der Gesamtheit zugute kommen soll. Im Schlusswort ging Dir. Ziegler in humorvoller Weise auf die Aeußerungen der Diskussionsredner ein.

Weiter schreibt man uns zu der Versammlung: Der Vortrag des Gymnasialdirektors Ziegler aus Hannover wurde von den Zuhörern mit sichtlichem Interesse aufgenommen und verfolgt. Die Bemerkungen in der Presse der Rechtsparteien — auf den Ausdruck Berichterstattung erheben sie wohl keinen Anspruch — gehen von einem Standpunkt an die Ausführungen des Redners heran, daß man zugunsten der Schreiber annehmen muß, daß sie ihre Glossierung nicht auf Grund eigener Anschauung vorgenommen haben. Die fargen Bemerkungen in dem Organ der Deutschnationalen, die das zugeben, beschränken sich auf zwei Ausstellungen, die auf die Ausführungen der beiden Diskussionsredner von der äußersten Rechten und Linken zurückgehen, deren Zusammenwirken, nicht die „Späße“ des Redners, wie sich der Schreiber des volksparteilichen Organs in wenig geschmackvoller Weise ausdrücken beliebt, allseitig verständnisvolles Lächeln hervorrief. Wenn der Schreiber der Auslassungen in dem volksparteilichen Parteiorgan selbst anwesend gewesen sein sollte, warum stellte er sich denn nicht zu Rede und Gegenrede, wozu doch Gelegenheit war? Warum bemühte er allerhand aus dem Zusammenhang gerissene Ausdrücke und Sätze zu nachträglichen Angriffen? — Ist es nicht zum mindesten voreilig und oberflächlich, dem Gegner daraufhin auch „agitatorische Unwahrscheinlichkeiten“ zu unterstellen? — Hält er den Gegner tatsächlich für so unbedeutend, wie er ihn hinzustellen sucht? — Hat er nicht davon gehört, wie der Redner nach allen Seiten gerecht zu sein sich bemühte, wie er es dankbar begrüßte, wenn er geistige Brücken nach der anderen Seite hin feststellen konnte? — Und zum Schluß ein Wort zum Zeugnis des Diskussionsredners von den Unabhängigen. Wann und wo ist der Ausdruck „geistige Armut“ gefallen? Wir können uns auf diese Fragen beschränken und von weiteren Erörterungen absehen. Die Ausführungen in der gegnerischen Presse erheben gewiß auch keinen Anspruch darauf.

Der neue Tarifvertrag für die Eisenbahner.

wtb. Berlin, 8. März. Nach der „Voss. Ztg.“ führten die Tarifverhandlungen zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahngesellschaften zu einem Vertrag, der noch revidiert wird. Danach ist für Werkstätten-, Güterboden- und Kohlenbeladung Akkordarbeit vorgesehen. Die Mehraufwendungen an Löhnen belaufen sich auf 1.2 Milliarden.

Sonderrechte für Schleswig-Holstein.

L. H. Rendsburg, 9. März. (Drahtmeldung.) Das Rendsburger Tageblatt veröffentlicht Einzelheiten über die von der preussischen Staatsregierung Schleswig-Holstein gemachten Zugeständnisse. Schleswig-Holstein ist ein Sitz im Reichstag zuerkannt worden. Bei der Besetzung der höheren Verwaltungsposten in der Provinzialverwaltung soll Schleswig-Holstein besonderer Einfluß eingeräumt werden. In den Stadt- und Landgemeindevorstellungen sollen Eigentümlichkeiten bestehen bleiben. Insbesondere soll den Städten die Möglichkeit gelassen werden, das Zweikammerstystem zu behalten, welches Magistrat und Stadtverordnete gleichberechtigt gegenüber stellt. In gemischt-sprachigen Gebieten wird die Amtssprache hochdeutsch, plattdeutsch, friesisch oder dänisch bleiben. Den Kirchenverfassungen wird vollständige Selbstständigkeit zuerkannt. Endgültige Formen werden die Zugeständnisse erst bei Verabschiedung der preussischen Verfassung finden.

Der neue Lebensmittelpredit.

wtb. Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zeitschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Verwendung der letzten Nahrungsmittelpredite ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt, dem Reichstag zugegangen. Nach diesem Bericht wurden ausgegeben über 2 Milliarden M für die Reichslebensmittel, 300 Millionen M für die Reichslebensmittel und über 100 Millionen M für die Reichslebensmittel. Die Höhe des neuen Kredits steht noch nicht fest; sicher ist nur, daß er ausschließlich zur Senkung der Lebensmittelpreise dienen soll.

Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 9. März. Im Prozeß Erzberger-Helfferich widerstand der Oberstaatsanwalt der von Geheimrat von Gordon, dem Anwalt Erzbergers, vertretenen Auffassung, als ob die Staatsanwaltschaft mit liegenden Fahren zu den Gegnern übergegangen sei. Es habe sich im Verlaufe der Verhandlungen nur das Bild zu Ungunsten des Nebenklägers verändert; dem Angeklagten sei es gelungen, eine Reihe von Vorwürfen als begründet zu erweisen. Erster Staatsanwalt v. Clausen führt aus, daß Erzberger in seiner Rede in der Nationalversammlung ohne Zweifel dem Angeklagten Helfferich mit der Auslieferung drohte.

Erzberger erklärte in längeren Ausführungen, man habe in seiner Person die Demokratie treffen und die ruhige Entwicklung aufhalten wollen. Er sei wegen seiner nationalen Pflichterfüllung heftig angegriffen worden. Mit ruhigem Gewissen habe er den Gerichtssaal betreten und verlaßt ihn erhobenen Hauptes. Warum habe Helfferich bis Mitte 1919 geschwiegen? Die Auffassung des Oberstaatsanwalts, daß die Verquickung von Politik und Geschäft erwiesen sei, müsse er bekämpfen und sie als weltfremd bezeichnen.

Helfferich erwiderte, daß der Wahrheitsbeweis in der Sache selbst geübt sei und er dem Urteil mit Ruhe entgegenstehe. Er wies nochmals darauf hin, daß Erzberger ein Verhängnis für Reich und Volk sei und aus dem öffentlichen Leben verschwinden müsse. Erzberger habe mit seiner Friedensresolution von 1917 den Frieden verhindert. — Die Verhandlung wurde auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Zusammenstöße mit Entente-Offizieren.

Herausforderung der Reichswehrleute in Bremen.

wtb. Bremen, 9. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die hier weilende Kommission von englischen und französischen Offizieren erregte durch herausforderndes Benehmen die Bevölkerung, insbesondere die Reichswehrleute, von denen sie den Groll erzwingen wollten. Es kam deshalb am gestrigen Tage am Eingang der Kaserne zu Reibereien. Die Erregung stieg, als in der Kaserne ein Unteroffizier erklärte, in dem einen der französischen Offiziere einen Lagerkommandanten zu erkennen, der deutsche Gefangene schlecht behandelt hätte. Auf der Straße kam es dann an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen. Einem Offizier sollen dabei die Achselklappe abgerissen worden sein.

wtb. Bremen, 9. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den Zusammenstößen mit Ententeoffizieren wird noch gemeldet, daß die französischen Offiziere in Uniform waren und sämtliche Orden trugen. Es wurde ihnen vom Generalkommando sofort empfohlen, bei ihren Besuchen und Reisen in Zukunft Zivil zu tragen, um etwaige Zwischenfälle zu vermeiden. Beim Verlassen der Kaserne wurden die Offiziere durch die angesammelte Menschenmenge bedrängt, wobei einer der französischen Offiziere zu Boden fiel und durch einen der Teilnehmer an der Versammlung, anscheinend einen ehemaligen Kriegsgefangenen, einige Stöße erhielt. Der begleitende deutsche Offizier brachte die Franzosen in ein nahegelegenes Kontor. Herbeigeeilte Schutzleute schloßen den Zugang zum Hause. Durch herbeigeeilte Beamte der Sicherheitswehr wurde auch ein Teil der Straße abgesperrt. Auf einem Latzplatz wurden die Franzosen schließlich unter Bedeckung in ihr Hotel gebracht. Verletzungen haben sie nicht davongetragen.

wtb. Bremen, 9. März. (Eig. Drahtmeldung.) Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich am Brühl. Dort stellten 2 französische und ein italienischer Offizier einen Mann in Feldgrau, den sie für einen Angehörigen der Reichswehr hielten, weil er ihnen nicht die militärische Ehrenbezeichnung erwiesen hatte, zur Rede. Dieses Verlangen wurde zurückgewiesen und es entspann sich ein lebhafter Wortwechsel, der schließlich, da die Umstehenden sich einmischten, in eine für die Offiziere sehr empfindliche Prügelei ausartete. Eine Polizeipatrouille befreite die Offiziere und brachte sie nach dem Hotel.

Französische Räuereien in Flensburg.

wtb. Flensburg, 6. März. Die Klagen über die Ausschreitungen der französischen Besatzungstruppen wollen nicht verstummen. Täglich laufen Reichswehren bei dem deutschen Bevollmächtigten der internationalen Kommission ein. Die Erregung der Bevölkerung ist allgemein, da sie fortgesetzten Ausschreitungen durch die französischen Alpenjäger ausgesetzt ist. Die Passanten, die auf dem Bürgersteig vorübergehen, werden unter Schlägen mit dem Gewehrkolben bedrängt, daß sie den Fahrdamm zu passieren haben. Ein Arbeiter wurde zu gezwungen, daß er nach ärztlicher Aussage mehrere Tage arbeitsunfähig ist. Ein Buchhalter wurde mit Kolbenschlägen und unter Drohung mit dem Bajonett und eine Dame mit Faustschlägen auf den Fahrdamm genötigt. Einem anderen Passanten beschimpfte ein Posten mit deutscher Schweinehund. Ein Arzt, der auf diesen Ausruf hin stehen blieb, bekam den Gewehrkolben zu kosten. Auch gegen das Tragen deutscher Weizen pflegen die Franzosen unter Drohungen und Taktlichkeiten rücksichtslos einzuschreiten.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Bericht.)

wtb. Berlin, 8. März.

Heute führten die Pädagogen das Wort. Und obgleich es keine Sensationen gab, wurden doch manche für Fachleute beachtenswerte Äußerungen getan. Daß die Reichsparteien sich bei der Beratung der Gesetzesvorlage über die Grundschulen auf die Hinterbeine stellen und eine rasche Beratung zu hindern versuchen würden, ließ sich voraussehen. Drum mag auch Reichsinnenminister Koch die Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung des Entwurfs mit so großem Nachdruck betont und den sozialen Charakter des Gesetzes hervorgehoben haben. Pfüß von den Sozialdemokraten erwidert ihm als Sekundant und forderte Erledigung aller drei Lesungen am selben Tage. Bei Herrn Obersohn (Dn.) war sie dabei aber nicht an den Rechten gekommen. Der letzte eine ernste Miene auf und führte ein Bedenken und andere gegen die demokratisch-sozialistischen Heißsporne ins Feld. Was wohl die Regierung wieder für eine Falle gestellt haben möchte? Das Entscheidungsrecht der Eltern läßt er bedroht und das Schiedsgericht der Simultanschule am Horizonte austauschen! Nein, solche Uebereilung tue nicht wohl. Also zunächst mal sorgsame Ausschusarbeit geleistet! Herr Burcklage vom Zentrum erwies sich zwar in milderem Maße als Skeptiker, doch bezeichnete er sich als gewichtig durch die Erfahrungen mit der Kostlosigkeit der Religionsunterrichtsparagraphen in der Verfassung und pflichtete dem vorsichtigen Standpunkte des Vorredners darum bei. Der Redner der Demokraten, Abgeordneter Weiß, wies treffend darauf hin, die zur Debatte stehende Vorlage sei nur eine theoretische Umschreibung der im Umfassungsausschuß seinerzeit angenommenen Bestimmungen. Vom Zentrum dürfe man wohl erwarten, daß es den der Vorlage zu Grunde liegenden sozialen Gedanken verständlich würdige. Für die deutsche Volkspartei spricht noch der Abg. Kuntel, und dann namens der Regierung nochmals Unterstaatssekretär Schulz. — Darauf wird die Aussprache durch Redner „zweiter Garnitur“ fortgesetzt. Nur ein temperamentvolles Redduell zwischen Frau Behn von den Deutschnationalen und Dr. Quark von den Sozialdemokraten trägt noch zu ihrer Belebung bei. Die Anteilnahme des Hauses wird gering, sobald sich herausgestellt hat, daß heute die erste Lesung des Gesetzes erledigt und dann Verweisung an einen 28gliedrigen Ausschuss erfolgen wird. Die erste Reichsschuldebatte klingt in parteipolitischen Mißfälligkeiten aus. Darauf beginnt man die Beratung des Beschlusses der Simultanschule. Unterstaatssekretär Moede gibt eine kurze Begründung. Der Präsident bricht die Debatte dann ab. Den Gesetzentwurf über Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche wird dem Verfassungsausschuß überwiesen, der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes über die Vergütung von Leistungen für die feindliche Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsteilnehmern für das deutsche Heer in rasker Erledigung aller drei Lesungen angenommen. Das Beschlussesgesetz wird dem Steuerentschuß überwiesen. Morgen um 1 Uhr wird der Rest der heute nur teilweise erledigten Tagesordnung durchberaten werden.

Prinz Joachim Albrecht verhaftet.

wtb. Berlin, 8. März. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohne des Prinzen Albrecht, und anderen deutschen Gästen mit drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, forderte die Franzosen zum Aufstehen auf. Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warfen der Prinz und andere Gäste Blumenwäsen, Gläser und andere Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Taktlichkeiten, bei denen die französischen Herren Beulen und Quetschungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entfernt, der Zwischenfall wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

wtb. Berlin, 8. März. Dem Reichswehrminister wurde von dem Vorfalle, der sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Hotel Adlon abspielte, Sonntag Meldung erstattet. Er beauftragte sofort den Polizeipräsidenten, den Sachverhalt festzustellen. Auf den summarischen Bericht ordnete er die Festnahme des Prinzen Joachim Albrecht an. Der Prinz war nicht in seiner Wohnung; sein Aufenthalt mußte erst ermittelt werden. Er befreit, an der Madausene irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Er wurde zunächst unter Bewachung gestellt und später in Schutzhaft gebracht. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit übernahmen die Polizei und das Staatsanwaltschaft.

wtb. Berlin, 8. März. Das Auswärtige Amt hat sich heute vormittag nach dem Befinden der im Hotel Adlon Verletzten erkundigt und ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen lassen. Gegen Mittag sprachen der französische Geschäftsträger und General Nollet in der Angelegenheit beim Minister des Auswärtigen vor. Dieser drückte ihnen das Bedauern der Regierung aus und erklärte, daß eine strenge Untersuchung des Falles eingeleitet sei und die Schuldigen bestraft würden.

wtb. Berlin, 8. März. Von französischer Seite wird der B. 3. mitgeteilt, daß die französischen Gäste schon seit einigen Tagen den Konflikt hätten kommen sehen, daß sie aber, da das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ keine offizielle Hymne sei, keine Veranlassung gesehen hätten, der Aufforderung zum Aufstehen Folge zu leisten. Wäre das Lied offiziell als deutsche Nationalhymne festgesetzt worden, so hätten sie es nicht unterlassen, ihm die gebührende Achtung zu erweisen. Kaum habe man am Sonnabend abend die Musik die Hymne zu spielen begonnen, sei eine Menge von Gästen gegen den Tisch der Franzosen vorgezogen, und hätten mit verschiedenen Gegenständen zu werfen und die Franzosen zu mißhandeln begonnen. Es habe sich eine regelrechte Kaserne entwickelt, worin besonders der Kapitän Klein am zugerichtet wurde. Eine Dame am Tisch der Franzosen sei zu nächst aus dem Saal geleitet worden, um sie vor Taktlichkeiten zu schützen. Eine Anzahl der deutschen Gäste, darunter auch zufällig in demselben Saale speisende Kapitän Ehrhardt, Führer der Marinebrigade Ehrhardt, hätten sich in ritterlicher Weise der Dame angenommen und auch auf die angreifenden deutschen Gäste beruhigend einzuwirken versucht.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. März. Das Urteil gegen Böckling ist aufgehoben. Aus Saarbrücken wird dem B. P. A. gemeldet, soeben wird hier bekannt, daß der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Böckling, das von dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufhob und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen hat.

Die Kandidatur Hindenburgs als Reichspräsident.

Hannover, 9. März. Der „Hannov. Kur.“ will aus der Umgebung Hindenburgs erfahren haben, daß Hindenburg eine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl annehmen werde, falls es dem Wunsche der breitesten Vaterländischen Kreise entspreche.

Hersford u. Witten-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

9. März.

Lebensmittel.

Zucker kann vom 11. ds. Mts. ab auf Warenmarke Nr. 51 ein Pfund gekauft werden. Kauffrist: 18. ds. Mts. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte 21. ds. Mts.

Kunstbrot oder Marmelade kann vom 10. ds. Mts. ab auf Warenmarke Nr. 4 1/2 Pfund gekauft werden. Kauffrist: 17. ds. Mts. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 22. ds. Mts.

Lebensmittellager der Stadt Hersford.

Feuerlöschwesen in Hersford.

Ueber dieses Thema sprach am letzten Freitag abend Herr Dipl.-Ing. Ulrici auf einer Versammlung der Freiwilligen Feuerwehr im Bürgerverein. Unter klingendem Spiel und mit brennenden Fackeln rückte die Wehr nach einer kurzen Uebung auf dem Wilhelmplatz zum Vereinslokal, um den angekündigten Vortrag entgegenzunehmen.

Von größtem Interesse waren die eingehenden, nachgemachten Ausführungen des Redners über unsere hiesige Anlage. An einem Lichtbild des neuen Rathauses gab Redner die vor einigen Wochen stattgefunden Probe der Wasserdruckhosen wieder und errechnete den Druckverlust vom Behälter am Stufenberge bis zum Rathaus auf 40 Meter, eine kaum glaubliche Zahl. Abgesehen von der großen Gefahr, die in einer der Forderungen der Feuerwehr nicht entsprechenden Hochdruckleitung liegt, kommt noch hinzu, daß überhaupt nur eine, nicht mehr ausreichende Hauptleitung zur Stadt führt, so daß im Falle eines Rohrbruches und gleichzeitigen Brandes für die Stadt die größte Gefahr besteht. Infolge der Verhältnisse kann jedoch zur Zeit garnicht an eine Ergänzung der Anlage in absehbarer Zeit gedacht werden. Deshalb sei, zumal die Stadt von zahlreichen Wasserläufen durchflossen wird, die eine direkte Wasserentnahme ermöglicht, die Kalamität am besten durch Beschaffung einer Motorpumpe zu beheben. Roste diese heute auch viel Geld, so sei dies doch, sollte ein Großfeuer ausbrechen, in An-

Verhaftet.
Zusammenstoß
Prinzen Joachim
Abrecht, und
der französischen
Deutschland über
während die fran-
zösischen Wein
Lustlichen auf. So
warfen der Prinz
andere Gegenstände
bei denen die fran-
zösischen. Der
Hensfall wird jeden-
minister wurde von
dend zum Sonntag
tattet. Er beauf-
erhält festzustellen
die Festnahme des
ar nicht in seiner
werden. Er be-
gefallen zu sein
später in Schutz
angelegenheit über-
unt hat sich heute
von Verlesenen er-
ausprechen lassen.
sträger und Gene-
des Neuhern vor-
ung aus und er-
des eingeleitet sei
ite wird der B. 3.
it einigen Tagen
ber, das das Lied
zelle Hymne fest-
setzung zum Auf-
als deutsche Na-
nicht unterlassen
um habe nun am
den begonnen, sei
Franzosen vorge-
zu werfen und be-
sie sich eine regel-
Kapitän Klein aus
Franzosen sei zu-
r Lichtheiten zu
unter auch zufällig
ardt, früher der
licher Weise der
en deutschen Gäste
präsident.
ur." will aus-
n, daß Hindern-
emwahl anneh-
ten baterländi-
ensberg.
Nr. 151.
9. März.
enmarke Nr. 61
Mts. Marken-
os. Mts. ab auf
22. ds. Mts.
Stadt Herford.
Freitagabend
ammlung der
er klingen den
die Wehr nach
zum Vereinen-
hogenzunehmen.
gehenden, sach-
unser hiesige
Rathaus gab
eine Probe der
n Druchhören-
zum Rathaus
Abgefahren von
derungen der
leitung liegt,
e, nicht mehr
rt, so daß im
Brandes für
folge der Ver-
eine Ergänzung
den. Deshalb
klären durch
ahme ermög-
chaffung einer
uch viel Geld
rechen, in An-

betracht des Schadens, der dann entstehen würde, eine kleine Ausgabe, und es werde hierdurch nicht nur die Verantwortung der in Frage kommenden Personen herabgesetzt, sondern auch für alle Einwohner ein Gefühl größerer Ruhe und Sicherheit gewährleistet. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man auf Grund der Druckprobe am Rathaus den weitaus größten Teil der Stadt, insbesondere die höher liegenden Stadtteile und die Feldmarken als durch unsere Wasserleitung und Feuerwehreinrichtungen als unzureichend geschützt bezeichnet, zumal unser Rathaus tief liegt und noch längst nicht die größte Entfernung vom Hochbehälter aufweist.

Aber es ist nicht allein die gute Ausrüstung, die der Wehr ihre Schlagfertigkeit gibt, die schnellste Meldung eines Feuerausbruchs erscheint ebenso wichtig, und so behandelte Redner das System und die großen Vorteile der elektrischen Feuermeldung an einigen Lichtbildern.

Reicher, anhaltender Beifall belohnte des Redners gediegene, von fleißigem Studium und praktischen Erfahrungen zeugenden Ausführungen.

Nachschrift der Redaktion: Das Feuerlöschwesen unserer Stadt beunruhigt nicht nur die Feuerwehrleute, auch andere Korporationen haben sich mit dem Uebelstande befaßt. So sind vom Haus- u. Grundbesitzerverein schon mehrere Eingaben an die Verwaltung gemacht, um die Feuer-meldvorrichtung unserer Stadt zu verbessern und die technischen Errungenschaften der Neuzeit im Interesse der allgemeinen Sicherheit auch hier auszunutzen. Die städtische Verwaltung ist nicht nur dieser Sache näher getreten, sondern trägt sich auch mit dem Gedanken, eine Motorspritze für Herford zu beschaffen. Die Ausführung scheiterte bislang an dem Kostenpunkte. Die Stadtkasse kann eine Ausgabe von rund 125 000 M für eine solche Spritze z. B. kaum ertragen, zumal jede Stadtverordnetenversammlung neue Ausgaben für andere Zwecke bewilligen muß. Wie steht es aber mit der Bürgerschaft? Sollten die inter-essierten Kreise und wohlhabenden Mitbürger im Interesse der eigenen und allgemeinen Sicherheit nicht instande sein, zur Beschaffung der Spritze einen Teil der Kosten zu tragen? Die Einzelbeiträge sind fürwahr sehr gut angelegt.)

Schützt die Natur! Der Frühling ist gekommen, früher als in andern Jahren; überall regt sich neues Leben in der Natur. Die meisten Singvögel sind schon da, man hört die Drossel pfeifen und auch der lecke Fink schmettert sein Lied in die Lüfte. Bäume und Sträucher bedecken sich mit dem ersten Grün und den zarten jungen Blüten; so gar Lübbäume sieht man schon blühen. Die Natur ist vollkommen überall — wo der Mensch nicht hin kommt mit seiner Qual. Die Freude an der Natur artet allzu-leicht in Frevel an ihr aus. Es ruht auch Strafe auf dem Abreißen von Rädchen. Wer aber, wie es wiederholt in jüngster Zeit im Stadtwalde vorgekommen ist, von seltsamen, lediglich zur Waldverschönerung gepflanzten Bäumen und ganze Aeste abreißt, macht sich schuldig und verdient rüchrichtslos zur Anzeige gebracht zu werden.

1. Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Bielefeld hat der Bäcker Aug. Sandwehrohn die Meisterprüfung abgelegt. Genannter ist berechtigt den Meistertitel zu führen und Lehrlinge auszubilden.

Meisterprüfung. Am Sonnabend fand am Friedrichs-Gymnasium die Meisterprüfung statt. Alle 6 Oberprimaner waren zugelassen. Von ihnen wurden 4 von der mündlichen Prüfung befreit, nämlich die Oberprimaner Karl Schierkamp, Hermann Märten, Heinz Rhode und Albert Wolff. Auch die beiden andern bestanden die Prüfung, nämlich Walter Gehroldt aus Mennighüffen und Walter Ruckel aus Enger.

Hochherzige Spende. Von der Mutterkirche der Christlichen Wissenschaft erhielt Frau A. Busse hier, Göbenstraße 53, Lebensmittel aus Amerika zur unentgeltlichen Verteilung an bedürftige Familien.

Speck nur noch für Bergarbeiter. Die Einfuhr von Auslandsfleischwaren wird, wie die „P. R. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, durch die andauernde Verschlechterung der Valuta in steigendem Maße erschwert. Die geringen Mengen an Schweinefleischproduktion, die in der nächsten Zeit beschafft werden können, sollen zunächst den Bergarbeitern zugewendet werden, die sich zur Leistung von Ueberfrachten verpflichtet haben. Für die übrige Bevölkerung kann die Zuteilung von Speck in den nächsten Monaten nicht mehr zugesichert werden, dagegen bleibt die angeordnete Versorgung der Kranken in den Lungenheilstätten aufrechterhalten. Die Lieferung von ausländischem Gefrierfleisch, Corned beef und Fleischkonserven wird in der bisherigen Weise fortgesetzt werden.

Nebenbeschäftigung der Volksschullehrer nach eigenem Ermessen. Eine Nebenbeschäftigung der Volksschullehrer muß nach wie vor von den Schulaufsichtsbehörden genehmigt werden. Für diese Genehmigung gilt aber seit 1903 der Grundsatz, daß über die Dauer von wöchentlich 6 Stunden nebenamtlicher Tätigkeit in der Regel nicht hinausgegangen werden soll. Diese Vorschrift trägt nach einer Verfügung des Ministers f. Volksbildung den neuesten Verhältnissen nicht genügend Rechnung. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Lehrer und Lehrerinnen sei verschieden. Der Minister hat deshalb angeordnet, daß in Zukunft die Schulaufsichtsbehörden bei Genehmigung von Nebenbeschäftigungen an die Höchstgrenze einer bestimmten Stundenzahl der Nebenbeschäftigung nicht mehr gebunden sind.

p. Falsches Gerücht. Die z. B. hier umlaufenden Gerüchte, daß der Mörder der Familie Busse festgenommen sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Kriminal-polizei arbeitet fleißig, um Licht in diese dunkle Mor-daffäre zu bringen. — Zu den vielfach umlaufenden Gerüchten, der Mörder der Familie Busse sei ergriffen worden, erfahren wir noch, daß zwar ein Mann festgenommen ist, dessen Neuhers mit der Personalbeschreibung des Mörders ziemlich genau übereinstimmt aber noch keine festen Be-

weise dafür vorliegen, daß der Verhaftete wirklich der eifrige Gesuchte ist.

p. Traurige Anzeichen künftigen Verfalls. Die Ehefrau M. von hier hat sich eines Verbrechens gegen das leimende Leben an einer Frau G. schuldig gemacht, die infolge dieses unnatürlichen Eingriffs ihr Leben lassen mußte. Die M. wurde festgenommen und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Die Leiche der Frau G. ist polizeilich beschlagnahmt worden. — Dieser entsetzliche und bedauernswerte Vorfall möge dazu beitragen, vor solchen verbrecherischen Handlungen, die anscheinend jetzt häufiger vorkommen, Absehen einzuführen.

p. Polizeibericht. Festgenommen wurde ein hier zugereister Artist, der in Minden einen Knabermantel gestohlen und auf der Herberge für 3 M sofort verkauft hat. — Angezeigt wurde eine Person, die beschuldigt wird, einem in der Hermannstraße wohnhaften Artisten mehrere Kostüme mit Trikots gestohlen zu haben. — Beschlagnahmt wurde auf dem Bahnhof ein Reisekorb mit 98 Pf. Weizenmehl. — In der Zeit vom 29. Februar bis 6. März wurden 14 Personen, davon wegen Diebstahls 6, Bet-teln 2, Betruges 1, Entweichung 2 und Obdachlosigkeit 2 in das Polizei-Gefängnis eingeliefert.

Die deutsche Kriegsgeheimnisse. Die dem Reichshausen-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände vom Reichsminister des Innern gegebene Antwort, daß der Reichswehrminister nicht beabsichtigt, der Frage der Stille einer Kriegsgeheimnisse in absehbarer Zeit näher zu treten hat in allen Kreisen der Kriegs-teilnehmer lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Inzwischen scheint es, daß der Reichswehrminister der Schaffung einer all-gemeinen Geheimnisse für alle Kriegsteilnehmer nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Der Reichshausen-Bund, der der eifrige Verfechter dieser allgemeinen Kriegsgeheimnisse ist, in deren Schaffung er eine Ehrenpflicht des Vaterlandes sieht, wird seine Bemühungen um sie fortsetzen und hofft, daß die Stille der Geheimnisse vor sich gehen wird, sobald sich die politische Lage mehr geklärt hat.

Leipziger Sänger. Man schreibt uns: Am Mittwoch den 10. März werden die bekannten Leipziger Sänger (Direktion Paul Belzer) in Brinckmanns Saal eins ihrer beliebten Gastspiele geben. Paul Belzers Leipziger Sänger erzielen allerorten ausverkaufte Häuser. Wer in dieser trüben Zeit einmal von Herzen lachen will, sichere sich bei Zeiten einen Platz.

Ami Gohfeld-Mennighüffen.
th. Böhne (Wahnhof), 9. März. Die für Erweiterung des Kreiskrankenhauses Herford veranstaltete Sammlung hatte folgendes Ergebnis: Bischofsdungen 4591,70 M, De-pendenz 652 M, Jollenbeck 2465,10 M, Mielbergen 552 M, Böhne 2475,70 M, Oberbeck 1045,80 M, Mennighüffen 1744,30 M, Beck 379 M, Mennburg 520 M, Gesamtsumme 14 250 M.

ec. Böhne, 8. März. Es war am Sonnabend im Eisenbahnwagen auf der Fahrt von Bielefeld nach Böhne, wo eine Frau ihrer Freude über den Besitz von 12 Pfund Butter, die sie gekauft hatte, Ausdruck gab. Ein im Nebenabteil mitfahrender Kriminalbeamter aber hörte ihre Worte und nahm der Frau die wertvolle Ware ab.

Gohfeld, 9. März. Am 2. März hatte die hiesige Sozial-demokratie eine Versammlung einberufen, um sich über die Stimmung ihrer Partei zur Stellung der Verschmel-zungsfrage mit Gohfeld zu vergewissern. Ein von der Partei dazu gebotener auswärtiger Redner konnte natürlich nicht anders als über allgemeine Probleme der Sozialde-mokratie sprechen, da ihm die örtlichen Verhältnisse völlig fremd waren. Diesen Anschauungen traten verschiedene Redner entgegen, die an Hand von Zahlen und Tatsachen begründeten, daß für Mennighüffen der allein richtige Standpunkt nur der sein könnte, fest zu halten an den Be-strebungen, sich nicht mit Gohfeld zu verschmelzen. Selbst ein Redner der Sozialdemokratischen Partei war dieser Ansicht. Die am Schluß stattfindende Abstimmung ergab das Resultat, daß von den über 100 anwesenden Personen 5 für die Verschmelzung waren und von diesen 5 Personen waren noch einige auswärtige Herren.

Uns Nachbarschaft u. aller Welt.
wib. Dresden, 8. März. In der Nacht vom 4. auf den 5. März ist in das Kaiserreichshausen in Moritzburg eingebrochen worden, wobei der Dieb 53 chinesische und japanische Porzellanan-gegenstände sowie die Tischplatte eines mit Halbedelsteinen und ver-steinerten Porzellanen ausgelegten Pfeilertischs gestohlen hat. Die Porzellane stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert und sind in chinesischer und japanischer Art bunt bemalt. Das Pfeilertisch ist mit 132 Halbedelsteinen ausgelegt. In der Mitte der Tischplatte befindet sich der Namenszug F. W. aus Berlin und Bergkrallen. Die Einfassung der Steine besteht aus vergoldetem Silber. Vor Anlauf wird gewarnt.

dd. Paris, 9. März. Aus Mailand wird gemeldet, daß der Schnellzug Vologno-Mailand wenige Kilometer von Mailand auf offener Strecke von bewaffneten Banditen aufgehalten und be-raubt wurde. Die Reisenden und Begleitmannschaften setzten sich mit Schusswaffen zur Wehr und zwangen die Banditen, die Be-reits aus dem Waggons geholte Beute im Stich zu lassen.

wib. London, 7. März. Um 2,30 morgens griffen ungefähr 100 bewaffnete Leute die Polizeistation von Doon in der Grafschaft Kimerich mit Gewehrfeuer und Bomben an. Die Polizei erwiderte das Feuer. Nach einhändigem Kampfe zogen sich die Angreifer zurück. Die Polizei erhielt keine Verluste.

Reicher Fischfang.
All. Altona, 8. März. Welche Fischzufuhren waren in der Zeit vom 26. 2. bis 6. 3. auf dem Altonaer Markt zu verzeichnen. 44 Dampfer brachten ihre Fänge mit insgesamt 2 581 000 Tonnen heim.

Fliegerungslid auf See.
All. Lübeck, 8. März. Der im hiesigen Hafen eingetroffene Hamburger Dampfer „Lühe“ stieß in der Nähe von Fehmarn auf ein im Wasser treibendes Wasserflugzeug, das mit dem Schwimmer nach oben trieb. Die Tragflächen waren völlig zerbrochen, anschei-nend durch Absturz. Das Flugzeug wurde geborgen und hier gelandet. Von der Mannschaft wurde keine Spur entdeckt. Das Flugzeug stammt von der Seeflugstation Kiel.

Abgefaßte Goldschieber.
dd. Kolberg, 6. März. (Eig. Drahtmeldung.) Auf der Sta-tion Rauenburg wurden im Schlafwagen des D.-Zuges Danzig-Berlin vier Goldschieber mit zwei Zentnern und 28 Pfund Gold und Silber verhaftet und das Edelmetall beschlagnahmt.

Die deutsche Königspartei.
Nach dem Muster der kürzlich in Bayern gegründeten bayerischen Königspartei ist nun auch eine deutsche Königspartei ins Leben getreten. Die Begründung erfolgte, wie ein Mund-schreiben des vorbereitenden Komitees ertönen läßt, weil selbst die Deutsch-nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei eine präzise Stellungnahme zur monarchistischen Frage bisher unterlassen haben. Die Partei hat den Zweck, alle monarchisch gesinnten deutschen Reichsangehörigen unter einer einheitlichen Leitung zu vereinigen. Sh.

Sport.
Sport vom Sonntag. Die beiden Herforder A-Ver-eine weitten mit ihren 1. Mannschaften auswärts. Spiel-vereinigung 1. mußte in Gütersloh eine 4:2 Niederlage hinnehmen, während Union 1. in Brachwebe wider Er-warten nur ein 3:3 Resultat gegen die dortige „Westfalia“ heraus-holen konnte. Spvgg. 2. — Sportvgg. Gütersloh 2. 1:6. Spvgg. 4. — Mindener S. C. 4. 5:1. Spvgg. 1. Jgd. — Gddhfn. 1. Jgd. 7:1. Union 5. — Rajensport 3. 4:0. Union komb. Jgd. — Rajensport 1. Jgd. 5:0. Die 1. Mannschaft des Turnklub Rajensport schlug die 2. Mann-schaft des „Olympia“ Ennigloh hoch mit 7:1. Weitere Re-sultate sind nicht bekannt. — Es wird schon jetzt auf das am kommenden Sonntag nachmittag 1/3 Uhr auf dem Vöbberbrücke stattfindende Lokaltreffen Union 1. — Spiel-vereinigung 1. hingewiesen.

Aus der Tabakindustrie.
Erfeld, 8. März. Wie stark der Schleichhandel in Tabak-waren zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist, geht daraus hervor, daß das hiesige Aukerabwchramt bereits 329 Per-sonen wegen Schleichhandels, unerlaubten Großhandels, Wuchers und Kettenhandels mit Tabakwaren zur Anzeige bringen und 543 000 Zigaretten, 8900 Zigarren, etwa 84 Zentner Blättertabak und 2 1/2 Zentner fertigverarbeiteten Tabak beschlagnahmen konnte.

Weißenlingen (Wttbg.), 8. März. In Hegnach kamen kürzlich die Tabakplanzer aus einer großen Zahl von Gemeinden des hiesigen und des Ludwigsburger Oberamts zusammen, um zu der Ablieferung von Tabak Stellung zu nehmen. Sie beschloffen, unter keinen Umständen zum festgesetzten Höchstpreis Tabak an die Tabak-handels-gesellschaft abzugeben. Sie wollen sich mit der Landwirt-schaftlichen Genossenschaft des Bezirks Weißenlingen zusammen-schließen, die Verwertung des Tabaks in die Hand nehmen und eine eigene Zigarettenfabrik gründen.

Wirtschaftsleben.
Devisenkurse.
Für je 100 der Landeswährung in Mark.
Telegraphische Auszahlungen: 8. März 7. März
Geld Brief Geld Brief
Holland . . . 100 Gulden 3396 1/2 3343 1/2 3446 3455 1/2
Norwegen . . . 100 Kronen 1808 1812 1853 1857
Dänemark . . . 100 Kronen 1438 1/2 1441 1/2 1473 1/2 1476 1/2
Schweden . . . 100 Kronen 1538 1/2 1591 1/2 1648 1/2 1651 1/2
Holländische . . . 100 holl. Mark 442 443 439 450
Schweiz . . . 100 Franken 1538 1/2 1531 1/2 1558 1/2 1571 1/2
Wien (alt) . . . 100 Kronen 37,21 37,29 33,96 39,04
Budapest . . . 100 Kronen 32,71 32,79 34,46 34,54
Rug . . . 100 Kronen 98,65 98,85 98,65 98,85
Spanien . . . 100 Pesetas 1583,40 1583,10 1658 1/2 1661 1/2

wib. Berlin, 8. März. Die durch das Zugeständnis der Ausnahme einer großen deutschen Auslandsanleihe hervorgerufenen Ausichten auf eine Hebung der deutschen Valuta und den Abbau der hohen Rohstoff- und Lebens-mittelpreise hatten vor Beginn der Börse in den Kreisen der Spekulation Befürchtungen vor einer starken, panik-artigen Erschütterung des Marktes hervorgerufen. Bei Festsetzung der amtlichen Anfangskurse stellte es sich her-aus, daß zwar in ziemlichem Umfange Ware zum Verkauf vorlag, aber auch zu niedrigen Kursen glatte Aufnahme fand. So funktionierte der Markt regelmäßig bei stillerem Geschäft als bisher, wenn auch anfänglich Kurseinbußen eintraten. Sie wurden zum Teil auch mit hervorgerufen durch die von den Großbanken verfügte Sperre in der An-nahme neuer Börsenaufträge. Valutapapiere stellten sich bis 50 Prozent, Kanada bis 10 Prozent, Schiffsahrtspapiere bis 4 Prozent, Gasfa bis 80 Prozent, Montan vereinzelt bis 30 Prozent, Farbwerte 20—40 Prozent, Elektrizitäts-werte 10 Prozent, vereinzelt bis 30 Prozent, Kolonial-papiere bis zu 100 Prozent, vereinzelt darüber und nie-driger.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Kohlen!
Der Verkauf von Kohlen auf Marke 6 der gelben Kohlenart: für diejenigen Haushaltungen, die die Kohlen selbst holen wollen, findet am **Mittwoch, den 10. ds. Mts.** von Nr. 1—300 und am **Donnerstag, den 11. ds. Mts.** von Nr. 301 bis Schluß für folgende Bezirke statt:
Bezirk 13, Kohlenhändler Friedemeyer, Denteinweg, zum Ver-kauf kommen Rußkohlen.
Bezirk 14, Kohlenhändler Schmieder, Leopoldstraße, zum Ver-kauf kommen Rußkohlen.
Bezirk 15, Kohlenhändler Berg, Oetinghauserweg, zum Ver-kauf kommen Gierbriffels.
Bezirk 16, Kohlenhändler Müller, Engerstraße, zum Verkauf kommen Rußkohlen.
Bezirk 17, Kohlenhändler Wisse, Diebroderstraße, zum Ver-kauf kommen Stück- und Anthrazitkohlen.
Bezirk 18, Kohlenhändler Weiner, Diebroderstraße, zum Ver-kauf kommen Stückkohlen.
Der Verkauf findet nur an den festgesetzten Tagen statt. Das Geld ist abgezählt bereit zu halten. Die Marken dürfen nur durch den Kohlenhändler von der Stammliste abgetrennt werden.
Herford, den 8. März 1920.
Die Deutschkohlenstelle Herford-Stadt.

